NACHRICHTEN
Österreich
11. Juni 2025

Russland schafft eigenen Messenger: Staatliche Kontrolle und Zensur steigen!

Russland entwickelt einen staatlichen Messenger zur sicheren Bürgerkommunikation. Ziel: Integration staatlicher Services und Bildung.

Russland - Das russische Parlament, die Staatsduma, hat kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das die Schaffung eines staatlich kontrollierten Messengers vorsieht. Ziel dieses Schrittes ist es, die sichere Kommunikation zwischen den Bürgern und den staatlichen sowie städtischen Behörden zu gewährleisten. Diese Entwicklung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Russland seine Kontrolle über das Internet erheblich verschärft hat, insbesondere seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs. Der neue Messenger soll Funktionen bieten, die den Alltag der Nutzer vereinfachen, indem er verschiedene staatliche Services integriert.

Der geplante Messenger ermöglicht unter anderem die

Altersbestätigung an Supermarktkassen sowie einen Hotel-Check-in ohne die Notwendigkeit, papierbasierte Dokumente vorzulegen. Weitere Funktionen, die in die Software integriert werden sollen, sind die elektronische Unterschrift und eine Ausweisfunktion, was eine nahtlose Interaktion mit Behörden verspricht. Zudem wird die Integration von Online-Bildungsangeboten angestrebt, was den Zugang zu staatlich geförderter Bildung erleichtern könnte. Die Regierung wird bestimmen, welcher Entwickler die Software erstellen wird, wobei Medienberichten zufolge das soziale Netzwerk VK als potenzieller Anbieter gilt. VK steht jedoch unter der Kontrolle von staatsnahen Konzernen, was Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit und Sicherheit der Plattform aufwirft, wie **n-tv.de** berichtet.

Internetzensur und Kontrolle

Seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs hat Russland die Zensur im Internet drastisch verschärft. Westliche und unabhängige Anbieter werden häufig gesperrt oder stark eingeschränkt, wobei die offizielle Begründung auf „Diffamierung der russischen Streitkräfte“ abzielt. Die zunehmende Kontrolle über die Online-Kommunikation wird von russischen Funktionären unterstützt, die Bedenken hinsichtlich der Nutzung internationaler Messenger wie WhatsApp, Facebook oder Signal äußern. Diese Plattformen bieten aus Sicht der Regierung potenzielle Risiken für die nationale Sicherheit.

Zusätzlich zu den vorher genannten Überwachungsmaßnahmen sind auch die Mediengesetze in Russland insgesamt strenger geworden. Rechte und Freiheiten der Bürger, insbesondere bei der Informationsverbreitung, sind stark eingeschränkt worden, wodurch viele oppositionelle Medien dazu gezwungen waren, ins Ausland zu fliehen oder ihre Berichterstattung komplett zu einstellen. Die lange Geschichte der Internetzensur in Russland wird in verschiedenen Analysen beleuchtet, die auf die kontinuierlichen Maßnahmen der Regierung hinweisen, die darauf abzielen, kritische Stimmen zu unterdrücken. Weitere

Details dazu finden sich in den Ausführungen von **computerwoche.de**.

Mit der Schaffung eines eigenen Messengers, der unter dem Einfluss der Regierung steht, beabsichtigt Russland nicht nur, die Kontrolle über die digitale Kommunikation zu festigen, sondern auch den Bürgern ein Werkzeug zur Verfügung zu stellen, das scheinbar den Zugriff auf staatliche Dienste erleichtert. Ob dies zu einer Gesellschaft führt, in der die Bürger tatsächlichen Nutzen aus diesen Angeboten ziehen können oder ob es vorwiegend ein Instrument zur Überwachung bleibt, bleibt abzuwarten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der neue Messenger ein weiterer Schritt in der digitalen Strategie der russischen Regierung ist, die parallel zur zunehmenden Zensur und Überwachung in der digitalen Welt umgesetzt wird. Die Integration dieser Technologien könnte sowohl potenzielle Vorteile für die Nutzer bieten als auch die Risiken einer stärkeren staatlichen Kontrolle der Kommunikation hervorrufen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Russland
Quellen	• **www.krone.at** • **www.n-tv.de** • **www.computerwoche.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at